

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	74 (1980)
Heft:	10
Artikel:	Zur Philosophie der Selbstverwaltung : Vorbemerkung. 1., Rettung der Demokratie ; 2., Die Rolle des Staates ; 3., Die Rolle von Wissenschaft und Technik ; 4., Das Problem des Ueberlebens ; 5., Mensch und Wirtschaft ; 6., Das "efficiency"-Problem ; 7., ...
Autor:	Künzli, Arnold
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-142859

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ARNOLD KÜNZLI

Zur Philosophie der Selbstverwaltung

Vorbemerkung

Der SPS-Parteitag 1976 in Montreux hat eine Resolution angenommen, die eine Revision des Parteiprogramms verlangt, ausgehend vom Postulat «Bruch mit dem Kapitalismus» und orientiert am Ziel der «Errichtung» eines Sozialismus in der Schweiz». Der daraufhin gebildeten Programmkommission war folglich die Aufgabe gestellt, ein Programm zur Errichtung einer neuen Gesellschaft, einer dezidiert sozialistischen Alternative zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft auszuarbeiten. Die Mitglieder der Programmkommission waren sich von Anfang an fraglos darüber einig, daß Sozialismus in der Schweiz — wie überhaupt in entwickelten Industrienationen — nur in der Form einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung auf der ökonomischen Basis eines neutralisierten Eigentums an den Produktionsmitteln konzipiert werden kann. Was unter völlig anderen Voraussetzungen in der Sowjetunion und anderswo in der Welt — mit der relativen Ausnahme Jugoslawiens — als «Sozialismus» angepriesen wird, gibt nicht nur kein Sozialismusmodell für uns her, sondern widerspricht sogar über weite Strecken dem, was wir unter Sozialismus verstehen, grundsätzlich. Aber ebensowenig entspricht der bestehende «soziale Wohlfahrtsstaat» auf kapitalistischer Basis unseren Vorstellungen von Sozialismus, so positiv auch der von der Arbeiterbewegung zäh erkämpfte soziale Fortschritt zu werten ist. Insofern meint ein Selbstverwaltungs-Sozialismus nicht etwa eine Synthese, sondern einen eigenständigen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sowjetkommunismus. Hier stellt sich nun zunächst die Frage: Warum überhaupt Bruch mit dem Kapitalismus und warum als sozialistische Alternative eine gesellschaftliche Selbstverwaltung? Den Versuch, auf diese Frage eine differenzierte Antwort zu finden, enthält unsere Selbstverwaltungs-Philosophie.

1. Rettung der Demokratie

Unsere bürgerliche liberale Demokratie beruht auf einer Voraussetzung: der Existenz des selbständigen, mündigen Bürgers, des *Citoyen*. Diese Voraussetzung ist heute weniger erfüllt denn je, da acht bis neun Zehntel des Volkes Unselbständige sind. Sie sind im Alltag mehrfach Abhängige, die in Familie, Schule, Lehre, Militär und am Arbeitsplatz nicht zur demokratischen Selbstbestimmung, sondern zum Gehorchen erzogen werden. Nur ab und zu an der Urne dürfen sie und

sollen sie Demokraten, mündige Bürger sein. Das ist eine Sonntagsmorgenquartalsdemokratie, die sogar als solche nur eine halbe ist, weil sie Gesellschaft und Wirtschaft nicht mitumfaßt. Außerdem wird die Macht des Parlamentes als demokratischer Repräsentation des Volkes umso mehr entwertet, je mehr die Macht der undemokratischen Wirtschaft — die ja längst über- und multinational ist — wächst.

Der Bürger hat das weitgehend berechtigte Gefühl, daß seine Stimme nicht mehr allzuviel wiegt, daß sie zusehends an Gewicht verliert, bis sie am Bestimmungsort — den Entscheidungszentren — angelangt ist, und daß die parlamentarischen Institutionen immer mehr einen formalen Charakter annehmen, da in wichtigen Fragen die Entscheidungen anderswo fallen. Wahlen entarten immer mehr zu kurzfristig inszenierten Scheingefechten und Schönheitswettbewerben, an denen sich gerade die sogenannten «Unterschichten» immer weniger beteiligen, «weil sich ja doch nichts ändert und weil die da oben ja doch machen, was sie wollen». Das Volk wird entpolitisirt und zieht sich zurück ins Private. Das aber ist das Ende der Demokratie.

Wenn wir den Gedanken der Demokratie retten wollen, dann müssen wir den selbständigen, mündigen Bürger schaffen, den sie voraussetzt: den Bürger, der auch und gerade am Arbeitsplatz und in allen für ihn wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein *Citoyen* ist, der sich selbst bestimmen kann. Erst die konkrete Erfahrung, sich auch im Alltag selbständig, verantwortlich und demokratisch an den ihn betreffenden Entscheidungen beteiligen zu können, gibt ihm das Vertrauen in die Wirksamkeit der Demokratie überhaupt. Deshalb muß die Demokratie auf Gesellschaft und Wirtschaft — unter Berücksichtigung der spezifischen Eigenheiten und Funktionen der jeweiligen Körperschaften — ausgedehnt und aus einem bloßen Modus der Politik zu einer den Alltag bestimmenden Lebensform werden. Nichts anderes heißt *Selbstverwaltung*.

2. Die Rolle des Staates

Die Demokratie bedrohen aber auch noch andere Gefahren. Die Rolle des Staates hat sich im organisierten Kapitalismus gewandelt, er ist ein «Interventionsstaat» geworden, der immer mehr in die Wirtschaft eingreift. Infolge des Versagens der «freien Marktwirtschaft» stützt, fördert und schützt der Staat die privatkapitalistische Wirtschaft an allen Ecken und Enden. Das aber wirft einerseits die Frage der demokratischen Legitimation und Kontrolle dieser staatlichen Förderung der undemokratischen Privatwirtschaft auf: Wer kontrolliert, was mit den öffentlichen Mitteln geschieht? Hat der Staat ein Recht auf demokratische Mitentscheidung? Wem fließt der mit öffentlichen Mitteln erwirtschaftete Gewinn zu? Was ist die Gegenleistung der Privat-

wirtschaft für die vom Staat gewährte Hilfe? Läuft da nicht alles auf eine Sozialisierung der Kosten und Privatisierung der Gewinne hinaus?

Andererseits ist der Staat selbst unter den Einfluß privatwirtschaftlicher Macht geraten. Unsere Außenpolitik wird weitgehend vom Vorort bestimmt, der außerdem in der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements eine Art Dépendance besitzt. Gewiß muß der Staat als «Sozial- und Wohlfahrtsstaat» unter dem Druck der Linken auch die Interessen der Gewerkschaften und die unmittelbaren Bedürfnisse des Volkes — das «Gemeinwohl» — berücksichtigen, aber da er sozialer Wohlfahrtsstaat nur sein kann, wenn und solange die Privatwirtschaft floriert, dominieren letztlich immer deren Kapitalverwertungsinteressen. Bei der zunehmenden Bedeutung der Wirtschaft für das Leben von Staat und Gesellschaft heißt das, daß die Demokratie als Volksherrschaft immer mehr zur Farce wird.

Selbstverwaltung will durch eine Demokratisierung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft den Widerspruch aufheben, der sich in der Ehe zwischen einem zur Demokratie verpflichteten Staat und einer undemokratischen Privatwirtschaft manifestiert und damit dem Begriff der Volksherrschaft wieder einen Sinn verleihen, indem sie die demokratischen Handlungsspielräume um den Raum der Wirtschaft erweitert. Wenn hier auch von der Notwendigkeit einer Demokratisierung des Staates gesprochen wird, dann ist damit u. a. die staatliche Planung visiert. Selbstverständlich benötigt auch und gerade eine Selbstverwaltungs-Gesellschaft, die notwendig optimal dezentralisiert sein muß, eine langfristige zentrale staatliche Rahmenplanung, welche die partikularen Interessen und Bedürfnisse der lokalen Selbstverwaltungs-Körperschaften mit den allgemeinen der ganzen Gesellschaft vermittelt. Aber auch diese zentrale Rahmenplanung muß demokratisiert sein, soll die Gefahr eines autoritären bürokratischen Etatismus vermieden werden. Selbstverwaltung heißt auch Demokratisierung der Bürokratie.

3. Die Rolle von Wissenschaft und Technik

Eine Gefahr droht der Demokratie schließlich auch von Wissenschaft und Technik, die unser Leben in zunehmendem Maße bis in den hintersten Winkel des Alltags bestimmen, sich zum Teil eine eigenständige Machtposition geschaffen haben — Rolle der Experten! —, andererseits aber auch den Interessen der sie weitgehend finanziierenden Wirtschaftsmächte — nicht zuletzt der Rüstung — dienen. Auch vor dieser Kombination von Wirtschaftsmacht/Staatsmacht und Informationsmacht der Wissenschaft und Technik steht die Demokratie untätig mit dem Hut in der Hand da. Die ungeheure Konstruktions- und Destruktionspotenz von Wissenschaft und Technik verlangt aber allein

schon aus Gründen des Ueberlebens der Menschheit energisch nach der Einbettung in ein umfassendes demokratisches Entscheidungs- und Kontrollsysteem, wie es nur eine Selbstverwaltungs-Gesellschaft bieten kann.

4. Das Problem des Ueberlebens

Der Kapitalismus kann ohne permanentes Wachstum nicht gedeihen, ja nicht leben. Der Konkurrenzmechanismus des Kapitalismus verlangt unter anderem, den Konkurrenten durch rationellere Mehrwertserzeugung zu überflügeln. Darin liegt der Zwang zum Wachstum. Dieser Zwang hat uns, im Wechselspiel mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, die industrielle gebracht. Auch die sogenannte kommunistische Welt ist durch den vom kapitalistischen «Westen» ausgehenden Konkurrenzdruck diesem Wachstumszwang unterworfen worden. Es ist absehbar, daß auch die Entwicklungsländer mit in diesen kapitalistischen Wachstumssog hineingerissen werden. Der Preis des Wachstums aber war, ist und bleibt auch in Zukunft die rücksichtslose Ausbeutung der Erde und ihrer Ressourcen. Aber diese Ressourcen sind bald einmal erschöpft. Da die Erdbevölkerung gleichzeitig erschreckend wächst und die Dritte Welt immer mehr danach strebt, den Zivilisationsstand der Ersten zu erreichen, werden wir über kurz oder lang unseren Material- und Energieverbrauch drastisch senken müssen. Das aber läßt sich nicht vereinbaren mit dem Wachstumszwang des Kapitalismus. Dieser ist folglich nicht fähig, die auf uns zukommenden Ueberlebensprobleme zu lösen. Hinzu kommt noch das Problem unserer nach wie vor rücksichtslosen Umweltverschmutzung.

Eine sozialistische Selbstverwaltungs-Gesellschaft würde den irrationalen Zwang zu pausenlosem Wachstum und den Bann rücksichtslosen Gewinnstrebens durch Vernunft zu ersetzen versuchen: durch eine Vernunft, an deren Herausbildung die direkt Betroffenen von der Planung über die Entscheidung bis zur Kontrolle des Wirtschaftsgeschehens partizipieren. Nur eine äußerste Anstrengung der Vernunft kann das Ueberleben der Menschheit sichern. Der Kapitalismus jedoch gehorcht ganz anderen Gesetzen als denen der Vernunft.

5. Mensch und Wirtschaft

Der Motor des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist das Habenwollen. Auch abgesehen von allen ethischen Erwägungen ist dieses Prinzip heute aus den eben erwähnten Gründen selbstmörderisch geworden. Der Widerspruch zwischen dem Habenwollen und dem Habenkönnen — Ressourcen! — wird immer größer. Die Menschheit läuft auf lange Sicht Gefahr, an ihm zugrunde zu gehen.

Solange weiter ein Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital besteht, solange gibt es Herren und Knechte. Der Begriff «Sozialpartner» ist eine Lüge, weil es Partnerschaft nur zwischen Gleichberechtigten gibt. Deren Nichtexistenz ist evident: ein Unternehmer kann seine Arbeiter entlassen, das Umgekehrte aber ist nicht möglich. Der Begriff «Arbeitgeber» ist eine Beleidigung der Menschenwürde, da er die Existenz von «Arbeitnehmern» voraussetzt, die zu einer Ware enthumanisiert werden, welche sich gegen Lohn anbieten und verkaufen muß. Arbeit ist ein Menschenrecht, das mir zusteht und das mir niemand zu geben oder nicht zu geben hat.

Solange als es ein Privateigentum an den Produktionsmitteln gibt, das es wenigen Privilegierten gestattet, die große Masse des Volkes in Abhängigkeit zu halten und ihr die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz zu verweigern, so lange bleibt die große Masse des Volkes im Alltag in einem Zustand der Unmündigkeit und Unfreiheit. Daran ändern auch optimale Reallöhne und Sozialmaßnahmen — so positiv diese als solche zu werten sind — nichts. Auch ein goldener Käfig bleibt ein Käfig. Auch ein fetter Knecht bleibt ein Knecht. Freiheit und Mündigkeit sind unteilbar. Man kann nicht im Alltag ein Knecht und am Sonntag ein Herr sein. Unabdingbare Voraussetzung eines Selbstverwaltungs-Sozialismus ist deshalb die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Das Kapital soll aber weder dem Staat noch den Betriebsangehörigen zugesprochen, sondern neutralisiert werden. Den Betriebsangehörigen soll ein Treuhands- und Nutzungsrecht garantiert werden.

Da nun die Philosophie der Selbstverwaltung nicht einem blind optimistischen Menschenbild huldigt, sondern den Menschen auffaßt als ein nach allen Seiten hin offenes, «weltoffenes» und ungemein lernfähiges Wesen — seine Lernfähigkeit und Kulturfähigkeit ersetzen die fehlenden Naturinstinkte —, denkt sie auch an die Möglichkeit eines Mißbrauchs der neuen Freiheit, etwa in Form eines Unternehmens-Egoismus. Deshalb auch ist es eine zentrale These der Selbstverwaltungs-Philosophie, daß Selbstverwaltung einer Gesellschaft nicht in Form eines Dekrets aufoktroyiert werden darf, sondern langsam erlernt werden muß und als ein permanenter Lernprozeß zu verstehen ist. Alles, was eine politische Philosophie und Theorie der Selbstverwaltung tun kann, ist, Grundsätze zu formulieren und provisorische Rahmenbedingungen abzustecken. Was nun die erwähnte Möglichkeit eines Mißbrauchs anbelangt, so wäre hier vorerst an zwei Sicherungsmaßnahmen zu denken: erstens muß an der Unternehmensführung auch die Oeffentlichkeit beteiligt werden, zweitens soll die zentrale Rahmenplanung für eine Vermittlung zwischen den partikularen Interessen eines Unternehmens und den allgemeinen Interessen der Gesellschaft sorgen. Damit ist bereits

gesagt, daß das Unternehmen in der neuen Unternehmensverfassung eines Selbstverwaltungs-Sozialismus den Status einer öffentlichen Institution erhält (den es de facto natürlich schon immer hatte).

Aber um nochmals auf das Menschenbild zurückzukommen: indem Selbstverwaltung in Theorie und Praxis nicht mehr, wie der Kapitalismus, ausschließlich an das Habenwollen appelliert, sondern an Verantwortung und Solidarität, lernen die Menschen, sich in ihrer Arbeit, wie im Leben überhaupt, mehr am Gemeinwohl zu orientieren. Psychologen, Anthropologen, Verhaltensforscher wissen längst, daß das Verhalten eines Menschen keineswegs nur durch irgendeine Gattungs-«Natur» und durch Ererbtes bestimmt wird, sondern sehr wesentlich durch das in der Kindheit Erlebte und Erlernte. Aber auch der ältere Mensch ist in seinem Verhalten noch bildungsfähig. Wer in seiner Jugend, anstatt bloß zu gehorchen, Autorität zu respektieren und sich durch egoistische Leistung zu behaupten, sich verantwortlich und solidarisch zu verhalten lernt, erhält eine mehr durch den Willen zur Solidarität als durch das egoistische Haben- und Leistenwollen geprägte psychische Grundstruktur mit auf seinen Lebensweg. Wenn er dann in eine Gesellschaft hineinwächst, die ebenfalls nicht Egoismus, Autoritätsgläubigkeit, Leistungssucht, Bereicherungstrieb und die Tendenz zum Rückzug ins Private fördert, sondern als Selbstverwaltungs-Gesellschaft an seine Solidaritäts- und Verantwortungsbereitschaft appelliert und ihn als Mündigen betrachtet, dann resultiert daraus mit der Zeit ein anderes, neues, solidarisches Durchschnittsverhalten der Menschen.

6. Das «efficiency»-Problem

Es ist auch noch ein sehr konkretes Kommunikationsproblem von großer ökonomischer Bedeutung zu erwähnen, das Selbstverwaltung — die ja nur ein anderer Name für «Partizipation» ist — lösen zu können beansprucht. Die extrem verstaatlichte, zentralisierte und bürokratisierte Sowjetwirtschaft liefert dazu das Negativbild: Ihr Versagen — ihre «inefficiency» — ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß in diesem zentralistisch-autoritär-hierarchischen System die Kommunikation zwischen befehlendem Zentrum und gehorchen sollenden lokalen Basiseinheiten fundamental gestört ist. Ueberall nistet Korruption sich ein, und da der Einzelne nur als befehlsempfangendes Rädchen im staatlichen Getriebe behandelt wird, fühlt er sich nicht verantwortlich und sieht nicht ein, wieso er selbst denken, handeln, Initiativen ergreifen sollte. Er arbeitet in dieser Arbeitsarmee mit der Gesinnung eines Söldners. Im marktwirtschaftlich-kapitalistischen System herrschen diesbezüglich insofern wesentlich bessere Verhältnisse, als hier die ein-

zernen Unternehmen autonom sind und dem Leistungsdruck der Konkurrenz sowie einer Marktkontrolle unterstehen. Initiative entwickeln und effizient arbeiten ist hier eine Ueberlebensbedingung. Aber der heutige organisierte Kapitalismus mit seiner zunehmenden Tendenz zum Staats- und Monopolkapitalismus und zur Bildung multinationaler Mammutgesellschaften verwandelt sich ebenfalls immer mehr in ein äußerst komplexes, kompliziertes und störungsanfälliges System, das längst nicht mehr den freiheitlichen Vorstellungen der klassischen Liberalen entspricht und das ebenfalls an internen Kommunikationsstörungen leidet.

Da und dort haben einsichtige Unternehmer erkannt, daß die Gewährung begrenzter Selbstverwaltungsrechte am Arbeitsplatz unerlässlich ist, um Verantwortungsbewußtsein, Freude an Initiativen, Innovations- und Kommunikationsbereitschaft zu erhalten oder zu fördern und damit die «efficiency» des gesamten Unternehmens optimal zu gewährleisten. Aehnliches gilt für jede Art von staatlicher und kommunaler Planung. Auch hier gewinnt die Einsicht an Boden, daß es im wohlverstandenen eigenen Interesse der Planer liegt — vom Interesse des Gemeinwohls ganz zu schweigen —, nicht über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinwegzuplanen, sondern sie schon an der Vorbereitung der Planung partizipieren zu lassen.

Es ist ein gefährlicher Irrtum, zu glauben, daß ein System umso mehr nach einer autoritären Führung rufe, je komplexer es sei. Genau das Umgekehrte ist der Fall. Nur wenn die Menschen zu computergesteuerten Robotern degenerierten, wäre eine Technodiktatur denkbar. Die Revolution in Iran hat gezeigt, daß das autoritärste, über eine scheinbar omnipotente Geheimpolizei und eine modernste Armee verfügende Terrorregime nichts gegen ein Volk vermag, das — aus welchen Gründen auch immer — nicht länger bereit ist, sich der Diktatur zu beugen. Der Freiheitswille scheint im Menschen eine Kraft zu sein, die gewiß zeitweilig unterdrückt, gelähmt oder korrumpt werden kann, die aber unverhofft immer wieder mit elementarer Gewalt hervorbricht. Eine Kraft aber auch, die, wenn man sie anzusprechen versteht, die Menschen optimal zu einem schöpferischen Verhalten motivieren kann. Ein sich am Leitbild des Sozialismus orientierender Selbstverwaltungs-Gedanke kann an diese Einsicht in die schöpferische «efficiency» von Selbstverwaltung, alias Freiheit, anknüpfen, um über die da und dort bereits gewährte begrenzte Selbstverwaltung hinaus auf eine umfassende hinzuarbeiten. Immer mehr wird sich zeigen, daß eine durch Selbstverwaltung ermöglichte und garantierte Kommunikation zwischen Basis und Lenkung eine Grundvoraussetzung von «efficiency» ist.

7. Grundwerte und Ethik

Bisher war nur die Rede von politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich bedingten Notwendigkeiten, die kategorisch eine evolutionär-revolutionäre Umgestaltung unserer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in einen Selbstverwaltungs-Sozialismus fordern. Aber selbst wenn es diese realen Notwendigkeiten nicht gäbe, bliebe der Gedanke der Selbstverwaltung ein ethisches Postulat: das uralte Postulat des Sozialismus im Gewande unserer Zeit. Der Kapitalismus mit seinem Appell an die egoistischen Triebe widerspricht grundsätzlich den abendländischen Grundwerten, wie sie etwa in der Bibel, im Humanismus und in den bürgerlichen Revolutionen formuliert wurden. Deshalb ist die bürgerliche Revolution mit ihrer Trikolore «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» nicht über den Widerspruch hinausgekommen, daß ihre ökonomische Basis, der Kapitalismus, ihre Grundwerte negiert. Der Gedanke der Selbstverwaltung hingegen beruft sich auf eben diese Grundwerte, nimmt damit das Bürgertum beim Wort und will dessen im Kapitalismus steckengebliebene Revolution zu Ende führen.

Der oberste Wert, an dem der Gedanke der Selbstverwaltung sich orientiert, ist die Würde des Menschen. Würde und Mündigkeit des Menschen sind eins. Beide werden im Kapitalismus negiert. Für diesen ist der höchste Wert das Privateigentum, das auch die unantastbare Grundlage des bürgerlichen Rechtsstaates bildet. In der Form des Privateigentums an Produktionsmitteln ist dieses ein Privileg — erwerbar zum Beispiel, indem man sich bei seiner Geburt den richtigen Vater aussucht —, mit dessen Hilfe Nichtprivilegierte in Abhängigkeit, Unfreiheit und Unmündigkeit gehalten werden, ein Privileg, welches das demokratische Gleichheitsprinzip verletzt und Brüderlichkeit durch Kosten-Nutzen-Beziehungen ersetzt. Freiheit existiert erst real, wenn sich zur politischen auch die soziale gesellt. Die vielgerühmte Wirtschaftsfreiheit ist nur eine der Produktionsmittelbesitzer, für die «Arbeitnehmer» ist sie Unfreiheit. Gleichheit meint, daß alle gleich frei sein sollen und Freiheit nicht vom Inhalt des Portemonnaies abhängt. Gleichheit meint aber auch Freiheit von jeder nicht demokratisch legitimierten Herrschaft, damit u. a. gleiche Verfügungsgewalt und Kontrolle aller über die Produktionsmittel und gleiches Recht der unmittelbar Betroffenen, sich an den Entscheidungen zu beteiligen, denen sie unterworfen werden. Brüderlichkeit und Schwesternlichkeit meinen eine Solidarität mit den Mitmenschen und der Natur, die, auch wenn sie nie ganz verwirklicht werden kann, als Leitbild im Bewußtsein der Menschen das des bloßen kapitalistischen Habenwollens verdrängen soll. Alle diese Grundwerte sind vom gleichen Rang. Sie

konstituieren, was wir die Würde und die Mündigkeit des Menschen nennen. An ihnen orientiert sich der Gedanke der Selbstverwaltung.

Aber Selbstverwaltung an sich ist kein Allheilmittel und kein goldener Schlüssel, der das Tor zu irgendeinem irdischen Paradies öffnen könnte. Ebensowenig wie das Prinzip des demokratischen Mehrheitsentscheids kann sie Wahrheit und Richtigkeit ihrer Beschlüsse und Maßnahmen garantieren. Deshalb ist sie auf die erwähnten Grundwerte zu verpflichten, die in ihr ja bereits einen Ausdruck finden. Selbstverwaltung strebt auch nicht eine konfliktlose gesellschaftliche Harmonie an, sie will bloß die demokratische Weise der Konfliktaustragung von der Hypothek materieller und politischer Herrschaftsprivilegien befreien. Damit will sie den Menschen die Möglichkeit schenken und institutionell garantieren, sich frei entfalten und verwirklichen zu können, ohne auf Herrschafts-, Macht- und Privilegienbarrikaden zu stoßen und ohne auf etwas anderes Rücksicht nehmen zu müssen als auf das Gemeinwohl und die Grundwerte. Der Gedanke der Selbstverwaltung ist getragen von der Ueberzeugung, daß die Menschen in Freiheit, Selbstverantwortung und Mündigkeit ein sinnvollereres, erfüllteres und glücklicheres Leben führen können als Menschen in Abhängigkeit und Unmündigkeit. Selbstverwaltung versteht sich somit als ein Mittel, jene Lebensqualität zu erhalten, die uns immer mehr verloren geht, und jenes gefährliche Sinndefizit zu beseitigen, das die Menschen unserer Gesellschaft in zunehmendem Masse in Depressionen, Einsamkeit, Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Kulturindustrie und Fluchtburgen aller Art treibt. Selbstverwaltung will die Menschen davor bewahren, als Individuen mit einem Recht auf eine selbständige Lebensgestaltung im Räderwerk eines fremdbestimmten Gesellschafts- und Staatsapparates zu identischen Markenartikeln gestanzt zu werden.

Und ein Letztes: Der Gedanke der Selbstverwaltung ist nicht inspiriert vom Glauben an die punktuelle Revolution, die gleichsam über Nacht eine neue, bessere oder gar die endgültig beste Welt hervorzaubert. Er geht im Gegenteil von der Erfahrung aus, daß die bestehende kapitalistische Gesellschaft äußerst zählebig ist und qualitative Wandlungen entsprechend zäh erkämpft werden müssen. Dabei möchten diejenigen, die sich für einen Selbstverwaltungs-Sozialismus einsetzen, nicht Umsturzangst provozieren, sondern Sympathie wecken. Weiter würde es dem Gedanken der Selbstverwaltung widersprechen, wenn man die Selbstverwaltung per Dekret einer Gesellschaft aufzocktroyieren wollte. Selbstverwaltung muß von den Menschen selbst gewollt und gelernt sein, andernfalls sie von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Selbstverwaltung ist somit keine fixfertige Utopie, kein durchkonstruiertes Modell, sondern ein Lern- und Politisie-

rungsprozeß. Ihre Methode kann nur die eines evolutionären «Schritt für Schritt» sein, aber mit dem revolutionären Ziel einer radikalen qualitativen Umwandlung der Gesellschaft, das nie aus den Augen verloren und dessen Inhalt nicht verwässert werden darf. Eine Partei, die sich zum Gedanken der Selbstverwaltung bekennt, muß bereit sein, um der Ueberzeugung von der «materiellen» Notwendigkeit der Selbstverwaltung und um der von ihr verkörperten Werte willen notfalls «Wählergunstverlustbedenken» (Elsbeth Schild) zurückzustellen. Die Situation, in welcher die Menschheit insgesamt und mit ihr unser Land geraten ist, ist auf längere Sicht zu gefährlich, als daß kurzfristige Opportunitätsgründe in der Politik einer Partei, die glaubwürdig bleiben will, eine Rolle spielen dürften.

Arbeiterselbstverwaltung und Sozialethik

Die Position von Arthur Rich

Paritätische Mitbestimmung als Alternative zur Selbstverwaltung

NW: Arthur Rich, Sie sind der Öffentlichkeit vor allem durch Ihren Einsatz für die Mitbestimmung, auch für die Mitbestimmungsinitiative von 1976, bekannt geworden. Nach dem Scheitern dieser Initiative und nach der sich abzeichnenden Ablehnung jeder echten wirtschaftlichen Mitbestimmung durch die Eidgenössischen Räte mehren sich die Stimmen innerhalb der Sozialdemokratie und auch in den Gewerkschaften, die gar nicht mehr den «Umweg» über die Mitbestimmung antreten, sondern auf möglichst direktem Weg die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in der Wirtschaft erkämpfen wollen. Ich erinnere an den Programmentwurf der SPS, an das Interview des SGB-Präsidenten Richard Müller mit den Autoren von «Inseln der Zukunft?» (vgl. die Besprechung in diesem Heft) und nicht zuletzt an das Selbstverwaltungsmodell, das Erich Spörndli in unserer Zeitschrift (NW 1979 311ff.) vorgestellt hat.

Sicher sind auch Sie über den Verlauf der Mitbestimmungsdiskussion enttäuscht. Ziehen Sie ebenfalls die Konsequenz, Mitbestimmung sei verzichtbar geworden, die Arbeiterbewegung sollte statt dessen ihre Kräfte auf die Selbstverwaltung konzentrieren?

Rich: *Der Verlauf der Mitbestimmungsdiskussion, vorab im Umfeld der Auseinandersetzung über die gewerkschaftliche Initiative, die am 26.*